

Liebe Freundinnen und Freunde,

Mein Name ist Kai Wilken, ich bin 28 Jahre alt, noch Physikstudent und seit rund drei Jahren Mitglied im Kreisvorstand Hamburg-Mitte. Ich war Sprecher der QueerGAL und Landesvorsitzender der Grünen Jugend. Bisher habe ich in diesen Funktionen vor allem innerhalb der Partei an der Erarbeitung von unseren Positionen mitgearbeitet und diese Prozesse organisiert. Jetzt möchte ich auch Verantwortung für die Umsetzung grüner Politik übernehmen.

Während meiner Zeit mit der Grünen Jugend haben wir uns intensiv mit verschiedenen Themen beschäftigt. Von Verkehrspolitik über Generationengerechtigkeit und Obdachlosigkeit bis zu Menschen mit Behinderungen. Aber ein Thema ist mir persönlich besonders wichtig.

Wir befinden uns in einer Zeit, in der Wissen, und der Zugang dazu, durch die zunehmende Vernetzung und Entwicklung zu einer Dienstleistungsgesellschaft immer mehr an Bedeutung gewinnt. Neben der Kompetenz, sich dieses globale Wissen zu nutze zu machen, muss auch auf Themen wie Patente und wissenschaftliche Veröffentlichungen geblickt werden.

Momentan erschaffen Hochschulen durch mit öffentlichen Geldern finanzierte Forschungen viel neues Wissen. Gleichzeitig müssen sie dann noch einmal Geld ausgeben, um diese Veröffentlichungen teuer von den Wissenschaftsverlagen wieder einzukaufen. Aus meiner Zeit im Fachbereichsrat Physik erinnere ich mich immer noch an regelmässige hitzige Diskussion, welche Zeitschrift abbestellt werden darf, um das Bibliotheksbudget einzuhalten.

Das ist nicht mehr zeitgemäß. Im Bereich der Software hat der Gedanke von Open-Source bereits zu einer massiven Umwandlung der Industrie geführt. Ich will, dass auch die Hochschulen mit Open-Access neue Wege gehen. Ich will, dass Hochschule ihr Wissen für jedermann frei verfügbar anbieten können.

Aber neben dem Wissen rücken durch die Vernetzung immer neue Begehrlichkeiten von Leuten wie Schäuble und seinem Hamburger Adlatus Nagel in den Focus.

Am Freitag hat der Bundestag eine umfassende verdachtsunabhängige Vorratsdatenspeicherung beschlossen, gegen die übrigens am Dienstag hier in Hamburg auch die Grüne Jugend demonstriert hat. Es wird über Online-Durchsuchungen und neuerdings eine Bundesabhöhrbehörde diskutiert. Das alles stellt einen Dambruch dar, denn auf einmal ist jeder und jede verdächtig. Unschuldsvermutung? Das war gestern!

Und ich kann eine Phrase nicht mehr hören. "Wer nichts zu verbergen hat, muss auch nichts befürchten". Das geht gegen mein Demokratieverständnis. Wenn Grundrechte eingeschränkt werden, ist der Staat in der Pflicht eine ordentliche Begründung zu liefern.

Aber was hat das mit Hamburg zu tun? Sehr viel. Der Landesdatenschützer hat dem Senat ein vernichtendes Urteil im Bereich von Datenschutz und Überwachung ausgestellt. Innensenator Nagel wollte spontan auch heimliche Onlinedurchsuchungen, während der Verfassungsmässigkeit noch in Karlsruhe verhandelt wurde.

Dieser Senat hat unter dem Mantel der Sorge um vernachlässigte Kinder ein Schülerverzeichnis eingeführt, das in einem ersten Schritt durch die Ausländerbehörde mitgenutzt wurde. Inzwischen ist dieses Vorgehen von Frau Dinges-Dierig ja auch preisgekrönt, mit einem Big-Brother Award.

Die neuste Idee zur Bekämpfung von Jugendkriminalität: Auch die Polizei soll auf diese Daten zugreifen dürfen, um Schulschwänzer zu fassen. Daneben nimmt sich ja die Anti-Terror-Datei geradezu harmlos aus.

Und statt nachhaltige Konzepte gegen die Strassenkriminalität vorzulegen, werden Kameras aufgestellt. Wie man am letzten Wochenende leider in den Zeitungen lesen musste, hat dieses rein gar nichts in den Nebenstraßen der Reeperbahn erreicht.

Ich will keine Kameras, die alles und jeden verdachtsunabhängig aufzeichnen, im Ernstfall aber mich nicht beschützen können. Ich will einen Senat, der auch auf den Datenschutz achtet und auf seinen eigenen Datenschutzbeauftragten einmal hört. Ich will sinnvolle und durchdachte Konzepte, keine populistischen Schnellschüsse. Ich will, dass Menschen auch Hilfe bekommen, in unserer Gesellschaft zu bestehen, und nicht, dass sie vertrieben, ausgegrenzt und eingesperrt werden.

Wenn man jetzt noch einmal kurz den Blick auf den Umgang dieses Senates mit Volksentscheiden richtet, ergibt sich ein noch viel schlimmeres Bild. Durch Ignorieren des Volkswillens und dumpfe Kampagnen gegen die Verfassungsänderung und jetzt ja auch gegen die Gemeinschaftsschule zeigt sich ein roter Faden der Politik in den letzten Jahren.

Dieser Senat hat Angst vor seinen Bürgerinnen und Bürgern. Dieser Senat Misstraut ihnen. Aber warum unter diesen Voraussetzungen die Hamburgerinnen und Hamburger diesem Beust-Senat vertrauen sollen, diese Antwort bleibt die CDU schuldig. Ich fühle mich da nicht "in guten Händen"!

Ich will einen Senat für Hamburg, der Politik mit den Hamburgerinnen und Hamburgern macht. Ich will einen Senat, der dem Volk vertraut, und dem auch das Volk vertrauen kann. Ich will einen Senat **für** Hamburg, nicht dagegen. Dafür will ich streiten. Im Wahlkampf und danach.

Und jetzt bleibt mir nichts anderes mehr, als um eure Vertrauen und eure Stimme zu bitten.